

## Resolution Nova EUropa-Präsidiumstagung 2012

Am 8. Dezember 2011 haben die Präsidiumsmitglieder Heinrich Neisser, Josef Riegler und Josef Taus gemeinsam mit dem Nova EUropa-Vorstand einen „Drei-Stufen-Plan zur Eurorettung und zur Demokratisierung der Eurozone“ vorgelegt. Dieser Drei-Stufen-Plan sah als erste Stufe den „unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen der Euro-Staaten durch die EZB“ vor: „Die EZB muss ein eindeutiges Signal aussenden, dass sie die Marktverzerrungen, wie sie sich in jüngster Vergangenheit in extremer Form bei den Zinssätzen für Staatsanleihen gezeigt haben, nicht toleriert. Dies kann durch die Ankündigung ihrer Bereitschaft zu unbeschränkten Interventionen am Markt für Staatsanleihen geschehen mit dem Ziel, die Zinsen für Staatsanleihen auf ein normales Maß zurück zu führen. Eine solche Ankündigung wäre mit dem aktuellen geldpolitischen Rahmen vereinbar, und sie wäre unmittelbar wirksam. Wenn sie glaubwürdig erfolgt, würde es zu einem unmittelbaren Rückgang der Renditen kommen, sodass Interventionen letztlich gar nicht erforderlich wären.“ Nova EUropa-Präsident Heinrich Neisser zeigte sich davon überzeugt, dass "kurzfristig nur die EZB den Euro und damit das Europäische Projekt retten kann".

Das Nova EUropa-Präsidium begrüßt es, dass nun von Seiten der EZB – wenngleich auch mit einer neun-monatigen Verspätung – genau jener notwendige Schritt zur Stabilisierung der Eurozone gesetzt wurde. Wie von uns argumentiert hat die Ankündigung der EZB, unbegrenzt Staatsanleihen ankaufen zu wollen, bereits zu einer nachhaltigen Absenkung der Renditen auf italienische und spanische Staatsanleihen geführt, ohne dass das Programm schon gestartet worden wäre.

Nach dieser kurzfristigen Stabilisierung, die zwar Zeit erkaufte, aber noch keine nachhaltige Lösung bedeutet, muss nun die Vervollständigung der Währungsunion durch eine echte Fiskalunion, die weit über den Fiskalpakt hinausgeht, folgen. Hans-Dietrich Genscher ist Recht zu geben, wenn er feststellt: „Eine Krise haben wir nicht wegen des Euro, sondern weil nach der Einführung des Euros das Haus Europa nicht weiter gebaut wurde“.

Nova EUropa hat im Drei-Stufen-Plan vom Dezember 2011 als zweiten Schritt eine "Europäische Föderation" der Eurostaaten innerhalb der EU gefordert, an die die Eurostaaten ihre Kompetenzen in der Wirtschaftspolitik übertragen, in der sie ansonsten aber, insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik, souverän blieben. Die Wirtschaftsregierung der Föderation soll unter parlamentarischer Kontrolle eines gesetzgebenden Zwei-Kammern-Parlaments stehen – mit einer Bürgerkammer, bestehend aus den EU-Parlamentariern der Eurostaaten, und einer Staatenkammer nach dem Muster des deutschen Bundesrates.

Das Nova EUropa Präsidium begrüßt es ausdrücklich, dass nun – mit einem Brief von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy an die 27 Mitgliedsstaaten – auf EU-Ebene auch die Diskussion über diesen notwendigen zweiten Schritt in Gang kommt. Die im Papier von Van Rompuy, José Manuel Barroso, Mario Draghi und Jean-Claude Juncker vorgelegten Diskussionsanregungen – die Ent-

wicklung der Eurozone hin zu einer „vollständigen Fiskalunion“ mit einem europäischen Finanzministerium, einem Zentralbudget der Eurozone, Eurobonds und einem Parlament für die Eurozone – gehen in die richtige Richtung.

Aufgabe der Politik ist es jetzt, den Bürgern zu vermitteln, dass die Bewahrung der Währungsunion und ihr Ausbau zu einer echten Fiskalunion und schließlich zu einem souveränen europäischen Staat, einer „Europäischen Republik“ mit stark ausgeprägtem Subsidiaritätsprinzip, in ihrem elementaren Interesse liegen.

Der Zerfall von Eurozone und EU und die Re-Nationalisierung in Europa hätten dramatische politische, ökonomische und soziale Auswirkungen.

- In der EU ist seit der Finanzkrise 2008/2009 außer Frage, dass der Standortwettbewerb um niedrige Steuern für Besserverdienende, Finanzkapital und Unternehmen eingedämmt werden muss. Nachhaltig überwunden werden kann er aber nur durch einen europäischen Staat mit einer zentralen Steuer-, Budget-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Bei einem Zusammenbruch von Euro und EU ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass dieser Standortwettbewerb in Europa wieder auflebt und die Staaten aus Furcht vor der Abwanderung von Industrie und Finanzkapital die Steuern für diese senken, der Lohndruck steigt und im Gegenzug massive Einschnitte beim Mittelstand und bei den sozial Schwächeren folgen.
- Nur ein großer europäischer Staat könnte die Steuerflucht in Finanz- und Steueroasen – ob in Europa oder Übersee – wirkungsvoll unterbinden und diese zur Kooperation zwingen. Die Unterbindung der Steuerflucht ist die entscheidende Voraussetzung für die Handlungsfreiheit der Politik, ein sozial gerechtes Steuersystem aufzubauen.
- Um die Weltwirtschaft nachhaltig stabilisieren zu können, bedarf es der Überwindung der makroökonomischen Ungleichgewichte – der hohen Leistungsbilanzdefizite einzelner Staaten und spiegelbildlich der hohen Leistungsbilanzüberschüsse anderer Staaten. Es ist evident, dass der Wechselkursmechanismus dies leisten könnte, wenn er nicht durch die Währungsspekulation und durch eine Politik des niedrigen Wechselkurses einzelner Staaten – insbesondere Chinas – in seiner Wirkung beeinträchtigt wäre. Wie vom früheren französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy bereits zu Beginn der Finanzkrise 2008/09 gefordert, bedarf es eines neuen Bretton Woods-Abkommens, einer neuen Weltwirtschafts- und Weltwährungsordnung, in der die Wechselkurse durch die langfristige Entwicklung der Leistungsbilanzen bestimmt werden. Nur eine starke Europäische Republik hat die Kraft, eine neue internationale Wirtschaftsordnung, basierend auf den Prinzipien einer Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft, durchzusetzen – auch gegen die Widerstände der Finanzzentren in New York und London.
- Um das Weltfinanzsystem nachhaltig stabilisieren zu können, muss auch das Wachstum von Verschuldung und Geldvermögen eingedämmt werden. Soll diese unhaltbare Entwicklung des ständigen Wachstums der Forderungen Weniger und auf der anderen Seite der Verschuldung von Staaten und Einzelpersonen nicht – wie bisher immer in der Menschheitsgeschichte - durch Kriege und Katastrophen gestoppt werden, muss ein zivilisierter Weg zum Abbau von Forderungen und Schulden beschritten werden – Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern und eine wesentlich höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen, speziell aus Kapitalveranlagung. Von besonderer Wichtigkeit wäre auch die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer, um den Hochfrequenzhandel und damit die kurzfristige Spekulation unattraktiv zu machen. Frankreich ist bereits vorangegangen; jetzt muss diese in einem zweiten Schritt sobald wie möglich – koordiniert – in möglichst vielen EU-Staaten eingeführt werden.

- Damit Europa das Gewicht hat, eine neue Weltwirtschaftsordnung sowie die notwendigen steuerpolitischen Maßnahmen in Europa umzusetzen, darf die Eurozone keinesfalls auf einen kleinen Kern zusammenschrumpfen. Mitglieder der Europäischen Föderation und später der Europäischen Republik sollen alle Euro-Staaten sein können, die zur Aufgabe von Souveränität bereit sind. Schwache Eurostaaten müssen durch angebots- und nachfrageseitige Maßnahmen gestützt werden. Nicht eine Austerity-Politik mit der damit unvermeidlich verbundenen Rezession, sondern Investitionen in Infrastruktur, Industrieansiedelungen, Forschung, Bildung und Ausbildung werden diese Staaten und damit ganz Europa voranbringen. Betont werden muss auch, dass nicht alle Staaten, die unter hohen Zinsen zu leiden haben, ökonomisch schwach sind. Insbesondere Italien ist eine starke Volkswirtschaft, deren Hauptproblem die Spekulation auf ein Auseinanderbrechen der Eurozone ist.
- Nicht unerwähnt bleiben soll, dass ein Auseinanderbrechen der Eurozone und in weiterer Folge ein Scheitern des gesamten europäischen Projekts – also die Re-Nationalisierung Europas mittelfristig die Wahrscheinlichkeit für Konflikte insbesondere im östlichen Mittel- und Südeuropa erhöht. Kriege in Europa werden wieder denkbar und möglich. Jedenfalls aber wird Europa kaum mehr „Einfluss auf die Agenda der Weltpolitik und die Lösung globaler Probleme“ haben, wie es der deutsche Ökonom Peter Bofinger, der Soziologe Jürgen Habermas und der Philosoph Julian Nida-Rümelin jüngst formulierten.

Eine **Europäische Republik ist eine Notwendigkeit, wenn wir die Soziale Marktwirtschaft in Europa absichern wollen, wenn wir weiterhin weltpolitischen Einfluss haben** und nicht Spielball anderer Großmächte und der Finanzmärkte sein **wollen**. Europa ist aber mehr als eine wirtschaftliche Notwendigkeit! Europa wahrt den Reichtum seiner kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung seines kulturellen Erbes. **Europa, das ist die Aufklärung, die Deklaration der Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter – Europa, das ist Freiheit, Gleichheit, Solidarität.** Die Europäische Republik muss auf diesen Werten und Idealen, die „europäische Identität“ bedeuten, aufgebaut werden. Nicht nur der Verstand, sondern vor allem das Herz der Bürger von Europas Staaten muss für das Projekt eines starken, gemeinsamen Europas gewonnen werden.

In diesem Sinne fordert das Nova EUropa-Präsidium die österreichische Bundesregierung auf, **Leadership** zu zeigen und mit den Bürgern in einen konstruktiven Dialogprozess einzutreten – mit dem klaren Ziel des Aufbaus einer **sozial gerechten, ökologisch nachhaltigen und weltpolitisch starken Europäischen Republik**.

Für das Präsidium

Vzkl. a.D. Dr. h.c. Dipl.-Ing. Josef Riegler, Vorsitzender des Präsidiums

Für den Vorstand

Mag. Karl Koller, Obmann